

Unter deutscher Führung 08.12.2010



BRÜSSEL/BUKAREST (Eigener Bericht) - Mit der heutigen Verkündung eines Aktionsplans zur Umsetzung der EU-Donaustrategie verbessert Brüssel die Geschäftsaussichten für deutsche Firmen in Südosteuropa. Die Strategie, die auf deutsches Drängen hin erstellt wurde, entspricht in hohem Maße den Forderungen der deutschen Wirtschaft zur Schaffung von profitableren Verwertungsbedingungen in den Donau-Anrainerstaaten. Ihre Realisierung wird im nächsten Jahr unter der EU-Ratspräsidentschaft Ungarns offiziell in Gang gesetzt. Bereits heute ist Deutschland die stärkste Wirtschaftsmacht in den meisten Donaustaaten und hält in Südosteuropa ökonomisch eine hegemoniale Position. Dabei profitieren deutsche Firmen nicht nur von der systematischen Einflussarbeit deutscher Regierungsstellen und Wirtschaftsverbände, sondern können - gleichsam als Sondervorteil - auch die deutschsprachigen Minderheiten Südosteuropas als Hilfskräfte nutzen. Die Hegemonie über Südosteuropa gehört schon seit dem 19. Jahrhundert zu den wiederkehrenden Zielen der deutschen Expansion.

Die Donaustrategie

Am heutigen Mittwoch verkündet die EU-Kommission offiziell einen Aktionsplan zur Umsetzung der neuen EU-Donaustrategie. Das Dokument ist auf deutsches Drängen hin erarbeitet worden. Seit gut zehn Jahren bemühen sich deutsche Wirtschaftsvereinigungen gezielt darum, die ökonomischen Verwertungsbedingungen in Südosteuropa noch profitabler zu gestalten. Im Jahr 2008 ist es ihnen gelungen, mit Hilfe Berlins sowie der Regierung des Bundeslandes Baden-Württemberg dazu eine eigene EU-Donaustrategie zu initiieren (german-foreign-policy.com berichtete [1]). Die Strategie soll nächstes Jahr unter ungarischer EU-Ratspräsidentschaft offiziell auf den Weg gebracht werden. Sie bündelt zahlreiche Aktivitäten Brüssels in den Staaten entlang der Donau und betrifft insgesamt 14 Länder von Süddeutschland bis zum Schwarzen Meer. Das finanzielle Fördervolumen wird mit 95 Milliarden Euro beziffert.[2]

Deutsche Forderungen

Tatsächlich entspricht die neue EU-Donaustrategie in hohem Maße den Forderungen der deutschen Wirtschaft. Man wünsche sich vor allem Schritte zur "Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur", hieß es etwa in einer Stellungnahme aus der Industrie- und Handelskammer Ulm, die die deutschen Wirtschaftsaktivitäten entlang der Donau begleitet.[3] Der Ausbau der "Mobilität" - insbesondere Schifffahrt und Eisenbahn - stehe in dem Strategiepapier an erster Stelle, bekräftigte José Manuel Durão Barroso, Präsident der EU-Kommission, Anfang November in Bukarest.[4] Die Wirtschaft solle in Südosteuropa tatkräftiger unterstützt werden, verlangte die IHK Ulm; unter anderem sei die berufliche Aus- und Weiterbildung zu fördern. Man müsse Berufsbildung sowie Forschung stärken; auch gelte es, Dienstleistungen für investitionswillige Unternehmen auszubauen, heißt es nun in der EU-Strategie. Das Papier ummantelt die Forderungen der Wirtschaft mit PR-Vorhaben ("Umwelt"), denen gleichwohl ein spürbarer Nutzen für deutsche Ökofirmen innewohnt, und fügt einen Bereich hinzu, der staatlichen Interessen Rechnung trägt: Auch Maßnahmen der "Inneren Sicherheit" sollen im Rahmen der EU-Donaustrategie gefördert werden.

Nummer eins

Den Vorteil, den deutsche Unternehmen aus der Förderung von Wirtschaft und Infrastruktur in den Donaustaaten ziehen können, lässt ein Blick auf deren Investitions- und Außenhandelsstatistiken erkennen. Deutschland ist - oft mit großem Abstand - der wichtigste Wirtschaftspartner fast aller Länder entlang der Donau von Österreich über Ungarn bis Rumänien. Die Bundesrepublik liefert 40 Prozent der österreichischen Importe, nimmt gut 30 Prozent der österreichischen Ausfuhren ab und stellt mehr als ein Viertel der ausländischen Direktinvestitionen. Ähnlich verhält es sich in Ungarn, wo Deutschland bei Im- und Export und bei Direktinvestitionen jeweils Werte von rund 25 Prozent erreicht. Auch in Rumänien und Bulgarien ist die Bundesrepublik wichtigster Handelspartner. Bei den Direktinvestitionen liegt sie dort nur auf Rang drei hinter den Niederlanden sowie Österreich, wozu die bundeseigene Außenhandelsagentur Germany Trade and Invest erklärt: "Da in der Praxis viele deutsche Unternehmen ihre Investitionen in Rumänien über österreichische und niederländische Tochterfirmen abwickeln, liegt

die tatsächliche Summe an Direktinvestitionen (...) deutlich höher." [5] Nur in Kroatien befindet sich Deutschland im Außenhandel hinter Italien auf Platz zwei, und in Serbien muss es sich mit relativ geringen Direktinvestitionen begnügen. [6]

Sondervorteile

Daran, dass die hegemoniale Stellung deutscher Firmen sich bei verbesserten Rahmenbedingungen in neuen Einfluss ummünzen lässt, kann kaum Zweifel bestehen. So bereiten sich Unternehmen aus der Bundesrepublik beispielsweise darauf vor, in der boomenden und von der Donaustrategie geförderten Umweltbranche Rumäniens tätig zu werden. Allein dort werde die EU bis 2013 mehr als 4,5 Milliarden Euro an nicht zurückzuzahlenden Fördergeldern bereitstellen, berichtet Germany Trade and Invest; die aktuellen Vorhaben seien "für deutsche Umwelttechnik-Unternehmen äußerst interessant". [7] Sondervorteile genießen Firmen aus der Bundesrepublik in den Wohngebieten der deutschsprachigen Minderheit. Zuweilen ist es möglich, nicht nur auf deutsch sprechende Arbeiter zurückzugreifen, sondern auch die Kommunikation mit der Verwaltung auf Deutsch abzuwickeln [8]; gelegentlich suchen deutschsprachige Bürgermeister in Rumänien ausdrücklich nach deutschen Investoren. Dabei können deutsche Unternehmen schon jetzt auf massive politische Unterstützung bauen. Die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern etwa, die in besonderem Maße von der Südosteuropa-Expansion der deutschen Wirtschaft profitieren, unterhalten seit Jahren gemischte Regierungskommissionen mit Ungarn, Kroatien, Serbien, Bulgarien sowie Rumänien. Damit begünstigen sie eine Anpassung nationaler Standards an deutsche Modelle in hohem Maß.

Äußerlich gleichberechtigt

Die deutsche Wirtschaftshegemonie in Südosteuropa, die mit beträchtlichem politischen Einfluss einhergeht und durch die EU-Donaustrategie wohl noch verstärkt wird, erinnert an alte Konzepte deutscher Geostrategen. Schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts planten Ökonomen die Expansion nach Südosteuropa, um dort Rohstoffe abzubauen und deutsche Exportwaren zu verkaufen. Ihnen schwebte vor, Südosteuropa als "Hinterland" des Deutschen Reiches zu nutzen (german-foreign-policy.com berichtete [9]). Im 21. Jahrhundert haben sich die Verhältnisse gewandelt; heute dient das südosteuropäische "Hinterland" nicht nur als Lieferant genmanipulierter Agrarprodukte (etwa Rumänien) und als Abnehmer deutscher Waren, sondern auch als Billiglohnstandort der deutschen Industrie. Die Forderung, in Europa solle ein Staatenbund "unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung (...) die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren", scheint nicht fern von der gegenwärtigen Realität. Sie entstammt der Kriegszieldenkschrift des deutschen Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg vom September 1914. [10]

[1] s. dazu [Vom Schwarzwald zum Schwarzen Meer](#), [Die Donaustrategie](#), [Mama Duna](#) und [Alles, was Deutschland nutzt](#)

[2] Die Donaustrategie betrifft die Länder Deutschland, Österreich, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Slowenien, Kroatien, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Moldawien und die Ukraine.

[3] Auszüge finden Sie hier: [Der Donaoraum](#)

[4] José Manuel Durão Barroso, President of the European Commission: Working together to improve the Danube region; Danube Summit Bucharest, 8 November 2010

[5] Rumänischer Präsident dankt deutschen Investoren; [www.gtai.de](#) 29.01.2010

[6] zu Serbien s. auch [Meinung bilden \(I\)](#) und [Meinung bilden \(II\)](#)

[7] EU genehmigt Umwelt-Großprojekte in Rumänien; [www.gtai.de](#) 08.03.2010

[8] s. dazu [Der Deutschumspreis](#) und [Das Wirken der Deutschen im Osten](#)

[9], [10] s. dazu [Klaus Thörner: "Der ganze Südosten ist unser Hinterland"](#)

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com